

Erich Weede

## Was bedeutet die Globalisierung für Armut, Reichtum und wirtschaftliche Freiheit in der Welt?\*

### Was bedeutet Globalisierung?

Unter Globalisierung versteht man einen Prozess zunehmenden Freihandels und einer internationalen Arbeitsteilung mit grenzüberschreitenden Investitionen und Fertigungsketten. Dass der Freihandel im Interesse aller Beteiligten liegt, darüber herrscht unter Ökonomen weitgehende Einigkeit.<sup>1</sup> Den Grund für die Vorteilhaftigkeit des Freihandels nannte Adam Smith<sup>2</sup> schon am Ende des 18. Jahrhunderts, nämlich die Abhängigkeit des Ausmaßes der Arbeitsteilung von der Größe des Marktes. Weil Arbeitsteilung – das Alles findet man schon bei Smith – nicht nur die Produktivität fördert, sondern sogar zur Innovation beiträgt, ist der größte denkbare Markt, also ein globaler Markt, wünschbar. Während die Grenzen für den Warenverkehr ziemlich offen sind, gibt es beträchtlichen Widerstand gegen die Entstehung globaler Arbeitsmärkte, die von Massenmigration begleitet ist.

Globalisierung bedeutet auch Technologietransfer zwischen den Nationen. Allgemeiner noch: Globalisierung verbessert die Chancen, von Fremden zu lernen. Offensichtlich kann der Mensch mehr von denen lernen, die anders als er selbst sind und deshalb auch über andere Kenntnisse verfügen. Fremde sind anders. Deshalb kann man dem Historiker Landes<sup>3</sup> zustimmen, der die Gewinne beim Güterhandel für geringer hält als die Gewinne durch

\* Dieser Aufsatz baut auf zwei Vorträgen auf, die ich im Frühjahr 2016 in der Schweiz gehalten habe, den einen bei einem Symposium zu Ehren von Wilhelm Röpke in englischer Sprache in Genf, den anderen bei der Liechtenstein Academy in Freudenfels.

1 Vgl. etwa Jagdish N. Bhagwati: *The World Trading System at Risk*. London 1991, S. 51; Milton Friedman/Rose Friedman: *Free to Choose*. New York 1981, S. 31-46.

2 Adam Smith: *Der Wohlstand der Nationen*. München 1990 (Original: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 1776).

3 David S. Landes: *The Wealth and Poverty of Nations*. New York 1998, S. 136: "If the gains from trade in commodities are substantial, they are small compared to the trade in ideas."

den Austausch von Ideen. Unglücklicherweise gibt es vielfach Widerstände gegen die Zumutung, von Fremden zu lernen. Gerade für wirtschaftlich und technologisch noch wenig entwickelte Länder schafft die Übernahme fremden Wissens, fremder Produktionstechniken und Organisationsformen die sog. Vorteile der Rückständigkeit<sup>4</sup> und damit die Chance zu besonders schnellem Wachstum.

Mit Friedrich August von Hayek soll betont werden, dass Menschen in arbeitsteiligen Gesellschaften von Wissen profitieren, dass sie selbst nicht besitzen, vom Wissen der Anderen und von der Freiheit der Anderen, ihr Wissen zum eigenen Nutzen und damit auch zum Nutzen ihrer Tauschpartner zu gebrauchen. Hayek<sup>5</sup> hebt hervor, dass Menschen nicht nur ein Interesse an der eigenen Freiheit, sondern auch ein Interesse an der Freiheit der Anderen haben: „Die Vorteile, die ich aus der Freiheit ziehe, sind daher weitgehend das Ergebnis des Gebrauchs der Freiheit durch andere und größtenteils das Ergebnis eines Gebrauchs der Freiheit, den ich selbst nie machen könnte [...]. Es ist wichtiger, dass alles von irgend jemandem versucht werden kann, als dass wir alle dasselbe tun können [...]. Die wohltätige Wirkung der Freiheit ist daher nicht auf die Freien beschränkt [...]. Das Wesentliche ist, dass die Wichtigkeit der Freiheit, bestimmtes zu tun, nichts mit der Anzahl der Menschen zu tun hat, die dieses tun wollen: sie mag damit sogar fast im umgekehrten Verhältnis stehen.“ Das gilt nicht nur innerhalb von Gesellschaften, in denen man vom Wissen und der Freiheit der Anderen profitiert, sondern auch zwischen Gesellschaften. Nach Hayek profitieren unfreie Gesellschaften von der Freiheit freier Gesellschaften, von deren Wissensstand, deren Wissensmehrung bzw. deren technologischen Fortschritt, deren Wohlstand. Denn unfreie und deshalb rückständige und arme Gesellschaften können von freien und deshalb fortgeschrittenen Gesellschaften Technologien übernehmen und deren wohlhabende Kunden beliefern. Manche Ökonomen nennen das Vorteile der Rückständigkeit. Jedenfalls impliziert Hayeks Theorie auch die falsifizierbare Hypothese, dass ärmere Länder schneller als reichere Länder wachsen können.

Weil die Globalisierung durch Öffnung inländischer Märkte für ausländische Hersteller den Wettbewerb verschärfen muss, weil es bei Wettbewerb immer auch Verlierer gibt, ruft die Globalisierung auch Ressentiments und Widerstand hervor. Als Konsument genießt man die Vorteile der Globalisie-

4 Vgl. dazu etwa Angus Maddison: *Economic Growth in Japan and the USSR*. London 1969, oder auch Thomas Piketty: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA 2014, S. 21: „By adopting the modes of production of the rich countries and acquiring skills comparable to those found elsewhere, the less developed countries have leapt forward in productivity and increased their national incomes. The technological convergence process may be abetted by open borders for trade, but it is fundamentally a process of diffusion and sharing of knowledge“.

5 Friedrich August von Hayek: *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen 1971, S. 41 f.

rung: das vielfältigere Angebot, die günstigen Preise oder die Qualität des Angebots. Als Produzent – ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer – aber leidet man unter dem Wettbewerbsdruck. Wer mit Rücksicht auf die Arbeitsplätze Freihandel und Globalisierung einschränken will, sollte bedenken, dass protektionistische Politik die Arbeitsplätze der einen schützt, indem sie die Arbeitsplätze anderer Beschäftigter gefährdet, die beispielsweise auf preisgünstige Vorprodukte angewiesen sind.<sup>6</sup>

Man kann unter Globalisierung sogar die globale Ausbreitung der wirtschaftlichen Freiheit oder des Kapitalismus verstehen.<sup>7</sup> Die Globalisierung hat technologische und politische Voraussetzungen. Zu den technologischen gehören immer schnellere und preiswerte Kommunikations- und Transportmittel. Politische Voraussetzung ist, dass die Märkte weitgehend global sind, obwohl die politische Herrschaft geographisch beschränkt ist. Über die Standortkonkurrenz trägt die politische Fragmentierung zur Erhaltung und Verfestigung der wirtschaftlichen Freiheit bei.<sup>8</sup> Die Definition der wirtschaftlichen Freiheit impliziert schon Grenzen der Staatstätigkeit. Die Globalisierung und die Standortkonkurrenz der Staaten impliziert eine Exit-Option für das Kapital und in geringerem Ausmaß für qualifizierte Arbeitskräfte gegenüber repressiven Regierungen. Die Exit-Option bedeutet einen gewissen Schutz gegenüber ständig steigenden Steuerlasten und Konfiskationsgefahren. Sofern ein Staat viel mächtiger als andere ist, wie gegenwärtig die USA, setzt Globalisierung voraus, dass die Hegemonialmacht der wirtschaftlichen Freiheit und dem Kapitalismus mehr als andere verpflichtet ist. Mit Röpke könnte man auch sagen, dass eine liberale Weltwirtschaftsordnung Staaten verlangt, in denen der politische Liberalismus bzw. wirtschaftliche Freiheit herrschen.<sup>9</sup>

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es schon einmal eine Phase der Globalisierung. Die zwei Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise dazwischen hatten die Globalisierung unterbrochen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg hat eine

6 Douglas A. Irwin: *Free Trade under Fire*. Princeton 2002, S. 11.

7 Besonders früh hat darauf hingewiesen Wilhelm Röpke: *Die internationale Ordnung heute*. 3. Aufl. Bern 1979, S. 320.

8 Vgl. dazu Eric L. Jones: *The European Miracle*. New York 1981; Landes: *The Wealth and Poverty of Nations* (wie Anm. 3); Douglass C. North: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. New York 1990; Richard Pipes: *Property and Freedom*. New York 1999; Nathan Rosenberg/L. E. Birdzell: *How the West Grew Rich*. New York 1986; Erich Weede: *Asien und der Westen*. Baden-Baden 2000. Natürlich gibt es auch ganz andere und dazu im Widerspruch stehende Interpretationen der globalen Wirtschaftsgeschichte, etwa John M. Hobson: *The Eastern Origins of Western Civilisation*. Cambridge 2004; Kenneth Pomeranz: *The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the World Economy*. Princeton, NJ 2000.

9 Röpke: *Die internationale Ordnung heute* (wie Anm. 7).

aufgeklärte amerikanische Wirtschaftspolitik wieder zur Globalisierung beigetragen. Mit Brink Lindsey<sup>10</sup> kann man feststellen:

"Globalization is not a simplistic technological imperative. ... It is the retreat of the state that has allowed international market relationships to regain a foothold. This retreat was provoked, not by the impingement of blind economic forces or transports of libertarian enthusiasm, but by disillusionment. The (socialist, E.W.) dream died because it failed. It failed morally in the horrors of its totalitarian variants; and it failed economically by miring millions in grinding poverty and subjecting billions more to unnecessary hardships. Globalization is the fitful, haunted awakening from the dream."

## Die Folgen der Globalisierung

Hier kann man zwei voneinander verschiedene Fragen unterscheiden: Wird die Armut immer schlimmer? Das ist die wichtigere Frage, denn an Hunger und Armut kann man sterben. Außerdem kann man sich fragen: Nimmt die Ungleichheit zu? Das ist die weniger wichtige Frage. Zunächst zur ersten Frage: Wird die Armut in globaler Perspektive schlimmer? Der Nobel-Preisträger Angus Deaton<sup>11</sup> verneint diese Frage:

"Life is better now than at almost any time in history. More people are richer and fewer people live in dire poverty. Lives are longer and parents no longer routinely watch a quarter of their children die. Yet millions still experience the horrors of destitution and of premature death. The world is hugely unequal. Inequality is often the consequence of progress. Not everyone gets rich at the same time, and not everyone gets immediate access to the latest life-saving measures ..."

Ähnlich weist François Bourguignon<sup>12</sup> an Hand von Weltbank-Daten mit einer Armutsschwelle von 1,25 US-Dollar und einer Kaufkraft von 2005 darauf hin, dass Anfang des 20. Jahrhunderts noch 70% der Weltbevölkerung arm waren, Anfang des 21. Jahrhunderts aber nur noch weniger als 20%.

Wegen der zunehmenden Weltbevölkerung bleibt ein abnehmender Anteil armer Menschen mit einer steigenden Zahl armer Menschen kompatibel. Seit 1990, also seitdem die Globalisierung mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und den Reformen in Indien sich beschleunigt hat, gilt das nicht mehr. Seitdem hat sogar die Zahl armer Menschen sich um eine halbe Milliarde verringert.<sup>13</sup> Ein anderer Beobachter, Steven Radelet<sup>14</sup>, der eine höhere

10 Brink Lindsey: *Against the Dead Hand. The Uncertain Struggle for Global Capitalism*. New York 2002.

11 Angus Deaton: *The Great Escape. Health, Wealth, and the Origins of Inequality*. Princeton 2013, S. 1.

12 François Bourguignon: *The Globalization of Inequality*. Princeton 2015. S. 28ff.

13 Ebd., S. 29.

14 Steven Radelet: *Prosperity Rising*. In: *Foreign Affairs* 95(1) (2016), S. 85-95, hier S. 86.

Armutsschwelle verwendet, zeichnet sogar ein noch positiveres Bild der Entwicklung: "Global poverty is falling faster today than at any time in human history. In 1993, about two billion people were trapped in extreme poverty (defined by the World Bank as living on less than \$ 1.90 per day); by 2012 that number had dropped to less than one billion. The industrialization of China is a big part of the story, of course, but even excluding that country, the number of extreme poor has fallen by more than 400 million."

Freihandel und Globalisierung haben in den letzten Jahrzehnten einen großartigen Beitrag zur Überwindung der Armut in den Entwicklungsländern geleistet – in den zwanzig Jahren von 1993 bis 2013 ist der Anteil der Menschheit, der von weniger als 1,90 Dollar pro Tag leben muss, von ungefähr einem Drittel auf ungefähr ein Zehntel gefallen.<sup>15</sup> Obwohl immer wieder beklagt wird, dass die Reichen immer reicher werden, ist das nicht zu Lasten der Armen gegangen. Sogar der prominente Kapitalismuskritiker Thomas Piketty<sup>16</sup> muss zugeben, dass die Entwicklung der Produktivität und damit der Einkommen viel wichtiger als Verteilungsfragen ist, denn er schreibt: "Inequality between the top 10 percent and bottom 10 percent, as measured by the P90/P10 ratio, is on the order of 3-4, and this is two to three times smaller than the gap in the standard of living between the end of the nineteenth century and the end of the twentieth century and than the gap between the richest and the poorest counties." Anders ausgedrückt kann man sagen, dass der Lebensstandard der Armen (genauer: derer, die ärmer als neunzig Prozent der Bevölkerung sind, aber die reichsten des ärmsten Zehntels sind) sich weit über den Lebensstandard ziemlich reicher Leute vor einem Jahrhundert (genauer: derer, die die Ärmsten der reichsten zehn Prozent sind) entwickelt hat. Auf lange Sicht kommt es wirklich vor allem auf die Produktivität an.

In umfangreichen wirtschaftsgeschichtlichen Studien kommt Deirdre McCloskey<sup>17</sup> einmal zu dem Schluss, dass wirtschaftliche Freiheit seit Anfang

15 Free exchange. How the other tenth lives. In: The Economist 421, No. 9010, October 8, 2016, S. 68.

16 Thomas Piketty: The Economics of Inequality. Cambridge, MA 2015, S. 17.

17 Deirdre N. McCloskey: Bourgeois Dignity. Why Economics Can't Explain the Modern World. Chicago 2010; dies.: Bourgeois Equality. How Ideas, not Capital or Institutions, Enriched the World. Chicago 2016. Dass McCloskeys Vervielfachungen des Pro-Kopf-Einkommens ein Effekt der wirtschaftlichen Freiheit sind, ist zunächst mal meine Interpretation. Sie verwendet manchmal ungewöhnliche Formulierungen, wie ‚habits of the lip‘, weil es ihr auch darum geht, die Relevanz von Rhetorik und Geisteswissenschaften für die Wirtschaftswissenschaften aufzuzeigen. Stellenweise erweckt McCloskey den Eindruck, dass die unterschiedlichen Inhalte und die unterschiedliche Effektivität der Eigentums- und Verfügungsrechte belanglos seien. An anderen und nach meiner Auffassung überzeugenderen Stellen betont sie, dass es auf das ideelle, rhetorische und ethische Umfeld der Eigentums- und Verfügungsrechte, auf den Geist ankommt, mit dem sie praktiziert werden. In dieser Interpretation kann man dann McCloskey Ansatz als Ergänzung oder Modifikation statt als

des 19. Jahrhunderts im Westen zu einer Versechzehnfachung des Pro-Kopf-Einkommens geführt hat, später sogar zu einer Verdreißigfachung. Im Unterschied zwischen diesen beiden Zahlen sehe ich vor allem einen Hinweis auf die Unsicherheiten, die mit derartigen Schätzungen notwendigerweise verbunden sind. Jedenfalls sind bei diesen Zahlen qualitative Verbesserungen noch nicht berücksichtigt. Der Versuch, das zu tun, führt McCloskey zur These einer Verhundertfachung.

Obwohl Korrelationen nie kausale Hypothesen beweisen können, kann man von kausalen Hypothesen auf Korrelationen schließen. Wenn man, wie ich, den Standpunkt vertritt, dass der Kapitalismus oder die wirtschaftliche Freiheit<sup>18</sup> zum Wirtschaftswachstum beiträgt, dann sollte man nach Kontrolle anderer plausibler Wachstumsdeterminanten eine Korrelation zwischen der mutmaßlichen Ursache und ihrer Wirkung finden. Wenn man von historischer Betrachtung zu internationalen Vergleichen übergeht, dann sind quantitative Daten verfügbar, die eine Korrelation zwischen wirtschaftlicher Freiheit oder ihrer Verbesserung einerseits und steigenden Einkommen nicht nur des Durchschnitts, sondern sogar der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung belegen.<sup>19</sup> Deshalb kann man durchaus die These aufstellen. Wer die Armut überwinden will, muss auch das Mittel dazu wollen: die wirtschaftliche Freiheit oder den Kapitalismus. Dabei wird die wirtschaftliche Freiheit erfasst über niedrige Steuer- und Sozialtransferquoten, sichere Eigentums- und Verfügungsrechte, Freihandel, geringe Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten und niedrige Inflation. Warum tragen Kapitalismus und wirtschaftliche Freiheit so viel zur Überwindung der Armut bei? Schon bei Smith<sup>20</sup> findet man das Argument, dass die Möglichkeit des Eigentumserwerbs Arbeitsanreize schafft. Ohne Arbeit bleibt Wohlstand undenkbar. Bei Ludwig von Mises<sup>21</sup> wird ergänzt, dass Privateigentum an Produktionsmitteln notwendig ist, damit Knappheitspreise auf Arbeits- und anderen Inputmärkten möglich werden und damit eine rationale Ressourcenallokation. Damit auch Kommunisten das Argument akzeptieren können, haben chinesi-

Alternative zum eigentumsrechtlichen Ansatz sehen. Dass meine Interpretation von McCloskeys Werk nicht abwegig ist, lässt sich auch mit der Überschrift des 16. Kapitels in *Bourgeois Equality*, S. 139, belegen: „Most Governmental Institutions Make Us Poorer.“ Die Obrigkeit handelt vor allem dann wirtschaftsfördernd, wenn sie auf die Bevormundung der Menschen verzichtet.

18 Genau wie die Konstrukteure von „Skalen der wirtschaftlichen Freiheit“ verwende ich die Begriffe „wirtschaftliche Freiheit“ und „Kapitalismus“ synonym.

19 James D. Gwartney/Robert A. Lawson/ oshua Hall: *Economic Freedom of the World*. Vancouver/Potsdam o. J. (=2013); Erich Weede: Wirtschaftliche Freiheit – Hintergrundbedingungen, Auswirkungen und Gefährdungen. In: *Wirtschaftspolitische Blätter* 61 (3-4) (2014), S. 443-455.

20 Smith. Der Wohlstand der Nationen (wie Anm. 2).

21 Ludwig von Mises: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 47 (1) 1920, S. 86-121.

sche Ökonomen<sup>22</sup> Mises' Einsicht so formuliert, dass nur Privatbesitz an Produktionsmitteln die Ausnutzung komparativer Kostenvorteile statt ihrer Vernachlässigung garantiert. Bei Hayek<sup>23</sup> wird dann hinzugefügt, dass Wissensnutzung nur bei dezentralen Entscheidungen und damit auch einer Gewaltenteilung von Wirtschaft und Politik, also *nicht* in einer Planwirtschaft, möglich ist.

Wegen der Vorzüge der wirtschaftlichen Freiheit sollte man auch zunehmende Ungleichheit, die man in vielen Gesellschaften – von den USA bis nach China – durchaus beobachten kann, nicht als Grund für ein Roll Back des Kapitalismus oder eine Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit annehmen. Forderungen nach Verschärfung der Steuerprogression, der Regulierung der Arbeitsmärkte oder der Erhöhung von Erbschaftssteuern sollte man deshalb mit Skepsis begegnen.<sup>24</sup>

Nach Hayek nützt die wirtschaftliche Freiheit nicht nur denen, die sich ihrer erfreuen, sondern auch denen, denen sie von ihren Regierungen vorenthalten wird. Es gibt externe Effekte der wirtschaftlichen Freiheit. Wenn reiche kapitalistische Länder die Freiheit genießen, dann bieten sie den anderen Ländern ein Vorbild und gleichzeitig kaufkräftige Märkte für ihre Produkte. Als Export der wirtschaftlichen Freiheit vom Westen in den Rest der Welt bietet die Globalisierung ein günstiges Umfeld für arme Länder, aufzuholen bzw. die potenziellen Vorteile der Rückständigkeit auszunutzen. Eins der stärksten und robustesten Befunde der international vergleichenden Wachstumsforschung<sup>25</sup> ist, dass arme Länder schneller als reiche Länder wachsen (können). Die armen Länder können Produktionstechnologien, Organisationsmodelle und Marketingtechniken von den höher entwickelten Ländern übernehmen. Sie können Arbeitskräfte aus einer wenig produktiven Landwirtschaft umsetzen zu produktiverer Tätigkeit erst in der Industrie und dann im Dienstleistungsbereich. Außerdem ist es für Nachzügler leichter als für Pioniere, profitable Investitionsmöglichkeiten zu finden. Man muss allerdings betonen, dass die Vorteile der Rückständigkeit nur potenzielle Vorteile sind. In Nordkorea oder Zimbabwe oder Venezuela wurden sie nicht realisiert, sondern verspielt. Im Großen und Ganzen haben die Asiaten östlich von Indien diese Vorteile besser als die Afrikaner genutzt. Deshalb ist es für

- 22 Justin Yifu Lin/Fang Cai/Zhou Li: *The China Miracle: Development Strategy and Economic Reform*. Hong Kong 2003.
- 23 Friedrich August von Hayek: *The Use of Knowledge in Society*. In: *American Economic Review* 35 (4) 1945, S. 519-530.
- 24 Anthony B. Atkinson: *How to Spread the Wealth. Practical Policies for Reducing Inequality*. In: *Foreign Affairs* 95(1) 820169, S. 29-33.
- 25 Michael Bleaney/Akira Nishiyama: *Explaining Growth: A Contest Between Models*. In: *Journal of Economic Growth* 7(1) (2002), S. 41-56; Xavier Sala-i-Martin/Gernot Doppelhofer/Ronald J. Miller: *Determinants of Long-Term Growth*. In: *American Economic Review* 94(4) (2004), S. 613-835.

die Entwicklungsländer viel wichtiger, dass der Westen seine eigene wirtschaftliche Freiheit pflegt als etwa, dass wir mehr Entwicklungshilfe leisten. Denn deren positive Effekte bleiben umstritten.<sup>26</sup> Auch nützlich ist der Verzicht auf den Export planwirtschaftlicher Ideen aus der westlichen Welt in die Entwicklungsländer. Diese zeichnen sich fast immer durch schlecht funktionierende Verwaltungen aus, die mehr noch als hoch entwickelte Länder mit dem Versuch der Wissenszentralisierung überfordert sein müssen.<sup>27</sup>

Man kann sogar auf einen doppelten Vorteil der Rückständigkeit verweisen. Der erste, schon behandelte Vorteil der Rückständigkeit liegt in der Wachstumschance durch Übernahme westlicher Technologien. Der zweite Vorteil besteht darin, dass dasselbe kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen heute niedrigere Säuglingssterblichkeiten, eine bessere Ernährung, saubereres Trinkwasser und höhere Lebenserwartungen ermöglicht als auf früheren wirtschaftlichen Entwicklungsstufen.<sup>28</sup> Beide Effekte beruhen im Wesentlichen auf derselben Ursache, der Diffusion von Wissen und Technologie. Man beobachtet solche Effekte nicht nur im internationalen Vergleich, sondern natürlich auch innerhalb von Nationen. Denn in den USA sind die Effekte von Einkommen oder Rassenzugehörigkeit auf die Lebenserwartung im Laufe der Zeit schwächer geworden.<sup>29</sup> Ach die Unterprivilegierten profitieren von den Fortschritten, die zuerst den Bessergestellten zugute kommen.

## Das Unbehagen an der Globalisierung

Obwohl die wirtschaftliche Freiheit oder der Kapitalismus beim Zurückdrängen der Armut in der Vergangenheit sehr erfolgreich waren und vielleicht absolute Armut bald so gut wie ganz überwinden werden, wird Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse ewig eine Begleiterscheinung des Kapitalismus bleiben. Die Globalisierungseffekte hängen eng mit dem Aufstieg Chinas zusammen. Chinas Anteil an den Weltexporten hat sich von 1991 bis 2013 verzehnfacht. Er ist von zwei auf zwanzig Prozent gestiegen.

26 Deaton: The Great Escape (wie Anm. 11); William Easterly: The Tyranny of Experts. Economists, Dictators, and the Forgotten Rights of the Poor. New York 2014; Jeffrey D. Sachs: The End of Poverty. New York 2005.

27 Peter Bauer: The Disregard of Reality. In: CATO Journal 7(1) (1987), S. 29-42; Mancur Olson: Diseconomies of Scale and Development. In: ebd. S. 77-97.

28 Gary Becker/T. J. Philipson/R. R. Soares: The Quantity and Quality of Life and the Evolution of World Inequality. American Economic Review 91 (2005), S. 277-291; Indur M. Goklany: The Improving State of the World. Why We Are Living Longer, Healthier, More Comfortable Lives on a Cleaner Planet. Washington, DC 2007; Charles Kenny: Getting Better. Why Global Development is Succeeding – and How We Can Improve the World Even More. New York 2011.

29 Death and money. Looking up. In: The Economist 419, No. 8989, May 14, 2016, S. 29-30.

In Amerika könnte das für den direkten Verlust von 1,2 Millionen Industrie-arbeitsplätzen und zusammen mit indirekten Effekten für den Verlust von 2,4 Millionen Arbeitsplätzen verantwortlich sein. Nach einer im „Economist“ besprochenen Studie<sup>30</sup> würden die reichsten Konsumenten im Westen ohne Freihandel nur 28 %, das ärmste Dezil aber 63 % seiner Kaufkraft verlieren. Dort wird auch auf die Rettungskosten in der amerikanischen Reifenindustrie pro Arbeitsplatz durch protektionistische Maßnahmen gegen China verwiesen: 900.000 Dollar. Weil die Arbeiter in der Reifenindustrie mit Sicherheit viel weniger pro Jahr verdienen, weil solche Rettungsmaßnahmen in einer dynamischen Wirtschaft keine Ewigkeitsgarantie haben, sieht das nicht nach einer kostengünstigen Politik aus.

Der Kapitalismus baut auf einer Begrenzung der Staatstätigkeit auf und auf Gewaltenteilung oder Machtgleichgewichten bzw. 'checks and balances'. Dabei sollte man nicht nur oder in erster Linie an die Gewaltenteilung unter Legislative, Exekutive und Judikative, sondern mehr noch an die zwischen den Machthabern und Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik denken. Je mächtiger die Politiker sind, desto stärker können sie Vermögenswerte und Einkommen umverteilen, desto stärker werden private Eigentums- und Verfügungsrechte eingeschränkt. Trotzdem darf man natürlich die Frage nach den Trends in der Einkommensverteilung stellen. Wieder soll eine globale Perspektive gelten. Dann kann man die Ungleichheit in der Einkommensverteilung in zwei Komponenten zerlegen. Es gibt erstens eine Einkommensungleichheit innerhalb von Staaten, in denen man die individuellen Abstände vom nationalen Mittelwert erfassen kann. Außerdem gibt es Ungleichheit zwischen den Staaten, in denen man die Abstände der nationalen Mittelwerte vom globalen Mittelwert erfassen kann. Die nationalen Mittelwerte variieren zwischen ungefähr 150 Euro im Monat in Afrika und 3000 Euro pro Kopf im Westen.<sup>31</sup>

Im 20. Jahrhundert war die zwischenstaatliche Ungleichheit immer die dominante Determinante der Ungleichheit unter den Menschen. Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts nimmt die (nach der Bevölkerungsgröße gewichtete) Ungleichheit zwischen den Ländern wegen des beschleunigten nachhollenden Wachstums gerade volkreicher asiatischer Staaten schnell ab.

Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit innerhalb der Staaten tendenziell zu.<sup>32</sup> Was Ungleichheit innerhalb der Länder angeht, sind nicht alle Staaten

30 Special Report. The Global Economy. In: The Economist 421, No. 9009, October 1, 2016, nach S. 42.

31 Piketty: Capital (wie Anm. 4), S. 64.

32 Bourguignon: The Globalization of Inequality (wie Anm. 12), S. 42. Um die Ungleichheit unter den Menschen in eine innerstaatliche und eine zwischenstaatliche Komponente zu zerlegen und die Bedeutsamkeit beider Komponenten miteinander zu vergleichen, eignet sich der Theil-Index besser als andere Indices.

in gleichem Ausmaß von dem Trend hin zu mehr Ungleichheit betroffen. Aber China, Indien und fast alle westlichen Gesellschaften, sogar die skandinavischen, sind betroffen.<sup>33</sup> Die USA bieten ein besonders eindrucksvolles Beispiel. Zwischen 1979 und 2007 sind die Einkommen der obersten zehn Prozent um 250, die der ärmsten zwanzig Prozent nur um 37 Prozent gestiegen. Die obersten zehn Prozent haben in den USA die Zugewinne an Einkommen weitgehend beansprucht.

Wenn man sich die absoluten Einkommenszuwächse pro Kopf in den beiden letzten Jahrzehnten (für die es schon Daten gibt) ansieht, dann stellt man fest, dass die reicheren Schichten auch die größten absoluten Zuwächse hatten. Wenn man allerdings auf prozentuale Zuwächse schaut, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild.<sup>34</sup> Dann haben die privilegiertesten Menschen und die in der Nähe des globalen Medians, von denen viele in China oder sonstwo in Asien leben, am meisten dazu gewonnen, während die untere westliche Mittelschicht, die in der Nähe des 80. Perzentils der globalen Einkommensverteilung angesiedelt ist, besonders geringe Zuwächse hatte. Weil diese Menschen aber absolut gesehen dennoch mehr dazu gewonnen haben als Asiens aufstrebende Mittelklassen, sollte man deren Leiden nicht übertreiben und sie für Opfer von Globalisierung und technologischem Fortschritt halten. Außerdem bezieht die untere Mittelschicht im Westen wesentlich höhere Einkommen als ähnlich qualifizierte Menschen in Asien, natürlich immer kaufkraftbereinigt. Man kann das eine Staatsbürgerschaftsprämie oder Rente nennen.<sup>35</sup> Diese Rente verliert allerdings mit der Globalisierung immer mehr an Wert.

In Deutschland ist der vor allem in den angelsächsischen Ländern beobachtbare Trend zur zunehmenden Lohnspreizung und damit mehr Ungleichheit gestoppt.<sup>36</sup> Auch der Multiplikator beim Verdienst von DAX-Vorständen und Normalverdienern im gleichen Unternehmen ist von 2011 bis 2014 vom Faktor 62 auf den Faktor 57 gefallen.<sup>37</sup> Außerdem geht gerade die Armut in Deutschland zurück.<sup>38</sup> Sogar in den USA sind im Jahre 2015 die Einkommen der unteren Dezile prozentual stärker gewachsen als die der oberen Dezile.<sup>39</sup>

33 Bourguignon: The Globalization of Inequality (wie Anm. 12), S. 50-54.

34 Branko Milanovic: Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization. Cambridge, MA 2016, S. 11 und 26.

35 Ebd., S. 132.

36 Trend zu wachsender Lohnspreizung gestoppt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.2016, S. 17.

37 Dax-Vorstände verdienen 57-mal so viel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.2016, S. 24.

38 Armut in Deutschland geht deutlich zurück. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.2016, S. 17.

39 Barack Obama: The way ahead. In: The Economist 421, No. 9010, October 8, 2016, S. 21-24.

Vermögen ist noch ungleicher als Einkommen verteilt. Aber Vermögen ist ja nur wichtig, weil es Einkommensquelle ist. Oxfam und die Credit Suisse haben in einem Global Wealth Report kürzlich behauptet, dass die oberen 1 % über mehr Vermögenswerte verfügen als die unteren 99 %, dass die 62 reichsten Personen mehr als die ärmere Hälfte der Menschheit besitzen. Aber die diesen Zahlen zugrunde liegende Studie kann auch kritisiert werden.<sup>40</sup> In der Studie geht es um Nettovermögenswerte. Viele amerikanische Graduierte beginnen ihr Berufsleben mit einem Schuldenberg in Höhe von zig tausend Dollar. Trotz ihrer Aussicht, in Kürze gut zu verdienen und meist auch zügig die Schulden abzubauen, gelten sie als ärmer als indische oder afrikanische Bauern, denen niemand nennenswerte Beträge leihen würde. Auch wenn es nicht leicht ist, ein besseres Verfahren vorzuschlagen: Zweifel an der Studie bleiben berechtigt. Nach Milanovic<sup>41</sup> beträgt der Vermögensanteil des reichsten Prozents 46 Prozent, wobei es schon Korrekturversuche für verborgene Vermögenswerte und Untertreibungen gegeben hat. Dieses eine Prozent hatte ungefähr 2010 auch 29 Prozent des globalen Einkommens bezogen. Offensichtlich sind Vermögenswerte weiter weg vom Konsum, der materiellen Lebensqualität oder Langlebigkeit als Einkommen. Deshalb sollte man mit dem prominenten Kapitalismuskritiker Piketty<sup>42</sup> die Einsichten wiederholen, „the lion's share of income inequality today [...] is due to labor income inequality“, auch dass die meisten Superreichen heute im Gegensatz zum 19. Jahrhundert selbst arbeiten. Man denke etwa an die Gründer von Microsoft oder Google.

Wer Wohlstand statt Einkommen oder auch Ungleichheit statt Armut in den Mittelpunkt der Analyse stellt, will die wirtschaftliche Freiheit oder den Kapitalismus delegitimieren. Wer das tut, vergisst, dass nur die wirtschaftliche Freiheit oder auch die Erfindung des Kapitalismus dafür gesorgt haben, dass Europa bzw. der Westen vor anderen Zivilisationen die Massenarmut überwinden konnte, dass der kapitalistische Westen dem Rest der Menschheit die Vorteile der Rückständigkeit als externen Effekt unserer wirtschaftlichen Freiheit geschenkt hat, dass Hunderte von Millionen Asiaten deshalb Hunger und Armut entkommen konnten. Der Konzentrationsgrad von Privateigentum und Vermögenswerten ist längst nicht so wichtig wie die Freiheit der Eigentums- und Verfügungsrechte von staatlicher Kontrolle. Mises<sup>43</sup> wusste das schon 1920. Dahinter sollte man auch heute nicht zurückfallen.

40 Zweifel an Oxfams Armuts- und Reichtumsvergleich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.1.2016, S. 15.

41 Milanovic: Global Inequality (wie Anm. 34), S. 41.

42 Piketty: The Economics of Inequality (wie Anm. 16), S. 6 und 66..

43 Mises: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen (wie Anm. 21)..

Der wirtschaftlichen Freiheit, die zuerst im Westen etabliert wurde, und deren Export in den Rest der Welt durch Globalisierung verdankt die Menschheit eine Vervielfachung des Pro-Kopf-Einkommens und ein Zurückdrängen bitterer Armut in tendenziell immer kleiner werdende Räume. Vor ca. 55 Jahren sind in China noch vielleicht über vierzig Millionen Menschen verhungert,<sup>44</sup> heute ist China, wo immerhin ca. ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt, ein Kraftzentrum der Weltwirtschaft, obwohl der wirtschaftlichen Freiheit dort noch recht enge Grenzen gezogen sind.<sup>45</sup> Wenn man die Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen in der Vergangenheit in die Zukunft extrapoliert, dann kann man mit Optimismus in die Zukunft schauen.<sup>46</sup> Zwar garantieren weder Trendextrapolationen noch Induktionsschlüsse gültige Vorhersagen, aber die Ableitung der Erwartung des Gegenteils der bisherigen Erfahrungen ist noch merkwürdiger und bedarf zumindest sorgfältiger Begründung. Wenn man die Auswirkungen der digitalen Revolution für die Beschäftigungschancen bedenkt, dann kann man dennoch die Frage stellen: "Will Humans Go the Way of Horses?"<sup>47</sup>

Besser als Pessimismus und Zukunftsangst lässt sich Agnostizismus begründen. Bisher haben sich die Lebensbedingungen der Menschen durch Erkenntnisfortschritt und Wissenszuwachs, durch technologischen Fortschritt und Produktivitätsgewinne ergeben. Wie diese sich künftig entwickeln, das kann man grundsätzlich nicht wissen. Diese Erkenntnis verdanken wir Karl Popper.<sup>48</sup> Weil der Zuwachs des menschlichen Wissens gleichzeitig unvorhersehbar und ein entscheidender Bestimmungsgrund unserer Handlungsmöglichkeiten ist, muss der künftige Verlauf der Geschichte unvorhersehbar bleiben. Aber man darf die Frage stellen, ob wenigstens die Menschen innerhalb des Westens sich des Wertes der wirtschaftlichen Freiheit hinreichend bewusst sind.

- 44 Frank Dikötter: *Mao's Great Famine. The History of China's Most Devastating Catastrophe, 1958-1962*. London 2010.
- 45 Yasheng Huang: *Capitalism with Chinese Characteristics. Entrepreneurship and the State*. New York 2008; Minxin Pei: *China's Trapped Transition. The Limits of Developmental Autocracy*. Cambridge, MA 2006.
- 46 McCloskey, Bourgeois Equality (wie Anm. 17), S. 64.
- 47 Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee: *Will Humans Go the Way of Horses? Labor in the Second Machine Age*. In: *Foreign Affairs* 94(4), 2015, S. 8-14. Man kann die Implikationen der digitalen Revolution allerdings auch ganz anders betrachten, etwa: Robert J. Gordon: *The Rise and Fall of American Growth*. Princeton, NJ 2016. Nach Gordon sollten wir uns trotz der digitalen Revolution eher auf langsames Produktivitätswachstum einstellen.
- 48 Karl R. Popper: *Das Elend des Historizismus*. Tübingen 1974, S. XI.

Den Kern westlicher Werte kann man in Anlehnung an John Locke<sup>49</sup> in Selbsteigentum, individueller Freiheit, privaten Eigentums- und Verfügungsrechten sehen, damit notwendigerweise auch in einer Begrenzung der Staats-tätigkeit. Mancher Leser wird sich wundern, warum ich bisher den Rechts-staat nicht erwähnt habe, sondern nur die Begrenzung der Staatstätigkeit. Natürlich setzt die Begrenzung der Staatstätigkeit den Rechtsstaat voraus. Aber *das* entscheidende Merkmal eines freiheitlichen Rechtsstaates sind nicht die Verhaltensschranken im Recht für normale oder machtlose Menschen, sondern die Setzung von Grenzen für die Machthaber. Ohne Einhe-gung politischer Macht kann es keinen freiheitlichen Rechtsstaat geben. Im späten 17. Jahrhundert schrieb Locke<sup>50</sup> zu Selbsteigentum, Arbeit und Ei-gentum folgendes: "Every man has a property in his own person: this nobo-dy has any right to but himself. The labour of his body, and the work of his hands, we may say, are properly his." Individuelle Freiheit und Selbsteigen-tum sind wie zwei Seiten einer Medaille. Privateigentum ergibt sich aus frei-er Arbeit. Deshalb muss nach Locke<sup>51</sup> die Regierungstätigkeit begrenzt sein:

"The supreme power cannot take from any man part of his property without his own consent: for the preservation of property being the end of government [...] for wherever the power, that is put in any hands for the government of the people, and the preservation of their properties, is applied to other ends, and made use of to impoverish, harass, or subdue them into arbitrary and irregular commands of those that have it; there it presently becomes tyranny, whether those that thus use it are one or many."

Ähnlich hat James Buchanan<sup>52</sup> geschrieben: "Private or several property serves as a guarantor of liberty, quite independently of how political or col-lective decisions are made. The direct implication is, of course, that effective constitutional limits must be present, limits that will effectively constrain over political intrusions into rights of property, as legally defined, and into voluntary contractual arrangements involving transfer of property. If individual liberty is to be protected, such constitutional limits must be in place prior to and separately from any exercise of democratic governance [...]. The tyranny of the majority is no less real than any other, and, indeed, it may be more dangerous because it feeds on the idealistic illusion that participation is all that matters." Damit wird angedeutet, dass auch demokratisch legitimier-te Entscheidungen eine Gefahr für die individuelle Freiheit, einschließlich der wirtschaftlichen Freiheit, darstellen können, dass die Demokratie an sich

49 John Locke: Two Treatises on Government and a Letter Concerning Toleration, ed. by Ian Shapiro. New Haven, CT 2003 (Original 1690)..

50 Ebd., S. 111.

51 Ebd., S. 161 und 189.

52 James M. Buchanan.: Property as a Guarantor of Liberty. Aldershot (UK) 1993, S. 59.

noch kein Garant der Freiheit, vor allem auch der wirtschaftlichen Freiheit, darstellt.

Von Locke bis Buchanan oder Hayek haben die klassischen Liberalen – im Gegensatz zu den sogenannten Liberalen des 20. Jahrhunderts in den USA, die in ihren politischen Bestrebungen vielfach den Sozialdemokraten in Europa entsprechen, oder den Linksliberalen – deshalb immer ein Prinzip der Freiheit und einen Schutz vor staatlichen Übergriffen gefordert. Das wird oft als negativer Freiheitsbegriff bezeichnet. Wer dem Staat Fürsorgepflichten für bedürftige Bürger zugesteht oder auferlegt, muss staatliche Übergriffe auf das Privateigentum der Bürger und die Früchte ihrer Arbeit zulassen. Denn Sozialtransferleistungen müssen finanziert werden. Damit wird eine schiefe Ebene betreten, bei der nicht klar ist, ob und wo es eine Haltelinie gibt.

Anfang des 20. Jahrhunderts waren Grenzen der Staatstätigkeit oder ‘limited government’ oder Respekt vor der wirtschaftlichen Freiheit noch Tatsachen, jedenfalls im Westen. Die Staatsausgaben lagen in vielen westlichen Ländern um die zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nirgendwo waren sie vor dem Ersten Weltkrieg über 17 Prozent. Am Ende des 20. Jahrhunderts war der Staatsanteil in den USA um ein Drittel und in vielen europäischen Ländern in der Nähe der Hälfte des BIP.<sup>53</sup> Die Grenzen der Staatstätigkeit werden zunehmend verschoben. Das gilt nicht nur für das weitgehend abgerüstete Europa, sondern auch für die USA.<sup>54</sup> In Europa sind die Sozialtransfers zum dominanten Posten der Staatshaushalte geworden. Der Schwerpunkt westlicher Staatshaushalte auf Transfers und Sozialleistungen ist zu einer Wachstumsbremse geworden und trägt auch zur Arbeitslosigkeit bei.<sup>55</sup> Der „Economist“<sup>56</sup> hat kürzlich den Zusammenhang zwischen

53 Vito Tanzi: Government Versus Markets. The Changing Economic Role of the State. New York 2011; ders./Ludger Schuknecht: Public Spending in the 20<sup>th</sup> Century. Cambridge 2000; Piketty, Capital in the Twenty-First Century (wie Anm. 4), S. 475.

54 William Voegeli: Never Enough. America’s Limitless Welfare State. New York 2010.

55 Andreas Bergh/Martin Karlsson: Government size and growth: Accounting for economic freedom and globalization. In: Public Choice 142 (1-2), 2010, S. 195-213; Peter Bernholz: Growth of Government, Economic Growth and Individual Freedom. In: Journal of Institutional Economics (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft) 142 (1986), S. 661-683; Silvia Fedeli / Francesco Forte: High deficits and high taxation create unemployment. Evidence from OECD countries (1981-2009). Paper presented at the Zürich Conference of the European Public Choice Society, April 3-6, 2013; Christina D. Romer/David H. Romer: The Macroeconomic Effects of Tax Changes: Estimates Based on a New Measure of Fiscal Shocks. American Economic Review 100 (2010), S. 763-801; Richard Vedder / Jonathan Robe: Taxes and Economic Growth: Implications for German Tax Reform. München 2009; Erich Weede: „Schleichender Sozialismus“, Marktvermachtung und wirtschaftliche Stagnation. In: Politische Vierteljahrsschrift, Sonderheft 19 (Staatstätigkeit), 1988, S. 88-114. Es gibt natürlich auch Autoren, die ganz andere Auffassungen vertreten, etwa Peter H. Lindert: Growing Public. Social Spending and Economic Growth since the Eighteenth Century. Cambridge 2004.

56 Northern lights. Special report: Nordic countries. In: The Economist 406, No. 8821. February 2, 2013, S. 16.

der Steuerlast und den Wachstumsaussichten von Volkswirtschaften so zusammengefasst: "An increase in tax revenues as a share of GDP of ten percentage points is usually associated with a drop in annual growth of half to one percentage point." Warum ist das so?

Erstens kann es der Steuer- und Sozialstaat nicht vermeiden, harte Arbeit durch Steuerbelastung zu entmutigen und mangelnden Erfolg auf dem Markt durch Transfers zu belohnen. Mit dieser Art von Reaktionsverstärkung müssen die Arbeitsanreize geschwächt werden. Zweitens muss der Sozialstaat auch die Anreize für Eltern schwächen, ihren Kindern Arbeitsdisziplin zu vermitteln. Vor allem bei schwachen Begabungen ist es ja kein großer Unterschied, ob das Kind später von Sozialleistungen oder schlecht bezahlter Arbeit lebt.<sup>57</sup> Drittens regt der Sozialstaat – je großzügiger er ist, umso mehr – unerwünschte Migration an, nämlich die Zuwanderung in Sozialsysteme und Abwanderung von Leistungsträgern und großen Steuerzahlern. Viertens wird der Strukturwandel, der bei Schumpeter<sup>58</sup> auch als schöpferische Zerstörung bezeichnet wird und eine unerlässliche Komponente des Wirtschaftswachstums darstellt, ebenfalls beeinträchtigt.

Schlimmer noch ist, dass die westlichen Sozialstaaten die Sozialleistung nicht aus Steuermitteln, sondern zumindest teilweise durch Staatsverschuldung finanziert haben. Von der Ausnahme Deutschland mal abgesehen sind in den letzten Jahren fast überall im Westen und erst recht in Japan die Staatsschulden – und oft auch die privaten Schulden – schneller als die Volkswirtschaften gewachsen.<sup>59</sup> Die Situation ist vor allem deshalb besorgniserregend, weil neben den Staatsschulden auch die Schulden der Haushalte hoch sind und ein gleichzeitiger Rückgang beider Arten von Schulden nicht leicht erreichbar ist.<sup>60</sup> Einige ökonometrische Studien sprechen dafür, dass Staatsverschuldung zumindest mit verlangsamtem Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit korreliert.<sup>61</sup> Neben den expliziten Staatsschulden, die vielfach

57 Assar Lindbeck/Sven Nyberg: Raising Children to Work Hard: Altruism, Work Norms, and Social Insurance. In: *Quarterly Journal of Economics CXXI* (2006), S. 1473-1503.

58 Joseph Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern 1950.

59 Carmen M. Reinhart/Vincent Reinhart/Kenneth S. Rogoff: Dealing with Debt. In: Harvard Kennedy School: *Faculty Research Working Paper 15-009*, 2015. Daniel Stelter: *Die Krise ist vorbei, macht Pause, kommt erst richtig. Was passiert mit unserem Geld?* München 2014, S. 6-9.

60 Stelter, *Die Krise ist vorbei* (wie Anm. 59), S. 80-81.

61 Fedeli/Forte: *High deficits and high taxation create unemployment* (wie Anm. 55); Carmen M. Reinhart/Kenneth S. Rogoff: *A Decade of Debt*. Washington, DC 2011; die Kritik an der Arbeit von Reinhart und Rogoff stellt nicht die negative Korrelation zwischen der Höhe der Staatsverschuldung und den Wachstumsraten von Volkswirtschaften infrage, sondern nur, ob es eine Schwelle in der Nähe von neunzig Prozent gibt, wonach der Zusammenhang enger als vorher wird. Die kausale Interpretation des Zusammenhangs ist schwierig, weil zweigleisige Kausalität recht plausibel ist. Außerdem sind Drittvariablen, wie eine schlechte Wirtschaftspolitik, denkbar, die gleichzeitig die Schulden erhöhen und das Wachstum verringern können.

in der Nähe von 100% des BIP liegen – in Japan, Griechenland und Italien deutlich darüber – sind auch noch die Renten- und Pensionsversprechungen der Staaten zu berücksichtigen. Wenn man das tut, dann betragen die impliziten Staatsschulden überall im Westen ein Mehrfaches des Bruttoinlandsproduktes.

Trotz des Sozialstaates hat – wie schon oben ausgeführt – die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung im Westen in den letzten Jahren und Jahrzehnten tendenziell zugenommen. Ob primär die technologische Entwicklung, die zunehmend auch mittlere und gehobene Arbeitsplätze gefährdet,<sup>62</sup> oder die Globalisierung dafür verantwortlich sind,<sup>63</sup> auch ob man beide Effekte überhaupt trennen kann,<sup>64</sup> das ist umstritten. Wie Daniel Stelter<sup>65</sup> gezeigt hat, sollte man die Akkumulation von Schulden und die Konzentration von Vermögenswerten bei wenigen als zwei Seiten einer Medaille betrachten. Staatsanleihen sind nur aus der Sicht des Käufers Vermögenswerte, aus fiskalischer Sicht aber Schulden oder Rückzahlungsverpflichtungen. Vielleicht ist das Problem der Ungleichheit dadurch entstanden, dass zu viele Menschen und vor allem zu viele Staaten nicht mit dem aus kommen, was sie selbst oder – bei den Staaten – ihre Steuerzahler, erarbeitet haben.

Die immer weiter gehende Expansion der Staatstätigkeit, die mit der Verringerung der wirtschaftlichen Freiheit und der Arbeitsanreize einhergehen muss, hört mit dem Sozialstaat nicht auf. Zunehmend werden die Steuerzahler auch mit Fürsorgepflichten für Menschen belastet, die nicht Bürger desselben Staates sind. Die sog. Euro-Rettung ist ein Beispiel dafür. Ab 2010 wurde die Euro-Rettung, d.h. die Erhaltung der Eurozone in ihrem gegenwärtigen geographischen Umfang, zur Hauptaufgabe der deutschen Politik. Griechenland ist zwar bei weitem nicht das einzige Problem der Eurozone, aber in diesem Land zeigt sich besonders deutlich, was der Euro als gemeinsame Währung für ehemalige Schwachwährungsländer und Dauerabwertungskandidaten (wie Griechenland) und ehemalige Starkwährungsländer (wie Deutschland) angerichtet hat. Die Griechen konnten einige Jahre auf Kredit weit über ihre Verhältnisse leben, haben dabei den Überblick verloren und die Staatsschulden aufgebläht, und ihre Wirtschaft hat die Wettbewerbsfähigkeit verloren. Weil ohne externe Abwertung nur die Möglichkeit besteht, durch interne Abwertung – im Klartext: Lohn- und Preissenkungen – die Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen, ist der Weg lang und qualvoll.

62 Tyler Cowen: *Average is Over. Powering America Beyond the Age of the Great Stagnation*. New York 2013.

63 Michael Spence: *Globalization and Unemployment. The Downside of Integrating Markets*. In: *Foreign Affairs* 90 (4) (2011), S. 28-41.

64 Diese Zweifel hat Milanovic: *Global Inequality* (wie Anm. 34).

65 Daniel Stelter: *Die Schulden im 21. Jahrhundert*. Frankfurt a.M. 2014.

Trotz vieler Hilfsmilliarden – einschließlich der beschlossenen, aber noch nicht ausgezahlten Hilfen summieren sich diese auf ca. 400 Milliarden Euro oder 230 % des griechischen BIP<sup>66</sup> – steigen die Schulden weiter, schrumpft die Wirtschaft, findet ca. die Hälfte der Jugendlichen keinen Arbeitsplatz. Zwar ist die Eurozone in ihrem bisherigen geographischen Umfang vorerst „gerettet“, aber Deutschland ist in die Haftung für fremde Schulden geschlittert. Man könnte diese Politik von der Absicht her als globale Sozialarbeit begreifen. Allerdings sind die Rettungsmaßnahmen nicht nur den Griechen – und schon gar nicht der Jugend des Landes – zugute gekommen, sondern großenteils auch Kapitalanlegern, die unvorsichtig genug waren, griechische Staatsanleihen zu kaufen. Über das Ausmaß der deutschen Haftung für fremde Schulden sind sich die Fachleute uneinig, weil die Risiken intransparent und auf Targetsalden, Rettungsfonds und Europäische Zentralbank verteilt sind. Thilo Sarrazin bewertet 2016 die Risiken für den deutschen Fiskus bzw. Steuerzahler mit 750 Milliarden Euro für alle Rettungsmaßnahmen, die ja nicht nur Griechenland betreffen.<sup>67</sup>

Hier soll es nur um die Logik der Rettungspolitik gehen. Bisher konnten auf dem Markt erfolglose Europäer nur zulasten der Mitbürger desselben Nationalstaats und bei entsprechender Verschuldung zulasten kommender Generationen des eigenen Volkes leben. Künftig könnte das auch zulasten der Steuerzahler in anderen Euroländern gehen. Wir sind dabei, eine zweite oder europäische Etage des Sozialstaates aufzubauen. Es ist nicht selbstverständlich, dass das in Anbetracht der Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates in ergrauenden Gesellschaften eine gute Idee ist. Fiskalische Tugend wird bestraft, besonders verantwortungsloses Regieren wird belohnt. Jede unter moralischem Druck erfolgende Hilfe kann man als Bestrafung der relativ soliden Geberländer und als Belohnung der relativ unsolideren Nehmerländer betrachten.

Der Euro ist ein Negativsummenspiel, bei dem mehr verloren als gewonnen wird.<sup>68</sup> Die Krisenländer am Mittelmeer, aber auch Frankreich, haben die Abwertungsoption verloren und tun sich deshalb schwer, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Deutschland hat zwar keine Probleme

66 Thilo Sarrazin: Wunschenken. Europa, Währung, Bildung, Einwanderung – warum Politik so häufig scheitert. München 2016, S. 238.

67 Ebd., S. 240.

68 Kritik am Euro oder der Eurorettung wird in Deutschland allzu leicht mit dem Vorwurf einer zumindest deutsch-nationalen Gesinnung weggewischt. Die wird man folgenden angelsächsischen Autoren nur schwer zuschreiben können: Mervyn King: The End of Alchemy. Money, Banking and The Future of the Global Economy. London 2016. Dieser ehemalige Chefökonom und spätere Governor der Bank of England hält sogar den Austritt Deutschlands aus der Eurozone für eine Möglichkeit, die Euro-Tragödie im Interesse der Weltwirtschaft zu beenden. Rechtzeitig gewarnt hatte Martin Feldstein: EMU and International Conflict. In: Foreign Affairs 76(6) (1997), S. 60-73.

mit dem Außenwert des Euro, aber Deutschlands Sparer werden durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank langsam – oder sollte man sagen: sozialverträglich? – enteignet. Für die Sparer ist der Zins auch vor Steuern und Inflation schon in der Nähe von Null und wird nach Steuern auf Kapitalerträge trotz schwacher Inflation eindeutig negativ. Unter diesen Bedingungen kann fast niemand mehr durch Sparen für sein Alter vorsorgen. Die Individuen werden noch abhängiger vom Staat, vom Kollektiv der Mitbürger. Mit Wilhelm Röpke<sup>69</sup> kann man das als „Nationalisierung des Menschen“ bezeichnen.

Auch in der Massenzuwanderung nach Deutschland, die im Jahre 2015 vielleicht eine Million Menschen betrug, kann man – ähnlich wie in der Euro-Rettung – eine weitere Ausweitung der Staatstätigkeit sehen. Es gibt zwar empirische Studien, die positive Migrationseffekte belegen, aber mit Hans-Werner Sinn<sup>70</sup> sollte man bedenken, dass diese Befunde darauf beruhen, allgemeine Regierungs- und Verwaltungskosten, einschließlich Polizei und Justiz, ausschließlich den Einheimischen und nicht den Migranten anzulasten. Soll man das tun, wo nach der Politik der offenen Grenzen mit einem Mal neue Polizeistellen geschaffen werden sollen und die Gerichte zunehmend durch Asylanten und deren Anliegen beschäftigt werden? Wenn man diese Kosten der Gesamtbewölkerung zurechnet, dann könnte jeder Migrant vor der großen Zuwanderungswelle von 2015 den deutschen Steuerzahler im Laufe seines Lebens um die 79000 Euro gekostet haben. Nach Bernd Raffelhüschen und Sinn<sup>71</sup> könnten die Kosten für die Million Zuwanderer des letzten Jahres sogar bei 450.000, also fast einer halben Million Euro, pro Kopf liegen. Es ist also denkbar, dass die schwarze Null im Bundeshaushalt von der gleichzeitigen Aufnahme einer Belastung von 450 Milliarden, ca. dem anderthalbfachen des Bundeshaushalts, begleitet worden ist. Unabhängig von der rechtlichen oder humanitären Beurteilung der Rettungsaktion lässt sich nicht leugnen, dass wir es auch hier wieder mit einer gewaltigen Ausdehnung der Staatstätigkeit zu tun haben.<sup>72</sup> In Anbetracht der Fehlerhaftigkeit menschlicher Entscheidungen sollte man mit Hayek<sup>73</sup> die Begrenzung der Staatstätigkeit für das entscheidende Gütekriterium einer Verfassung der Freiheit halten. Dezentrale Entscheidungen von Individuen und Unterneh-

69 Röpke: Internationale Ordnung heute (wie Anm. 7), S. 137.

70 Hans-Werner Sinn: Ökonomische Effekte der Migration. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.2014, S. 18.

71 Ifo-Chef Sinn tritt für Grenzkontrollen ein. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.2016, S. 15.

72 Meine eigene Beurteilung der deutschen Migrationspolitik habe ich anderswo vorgelegt. Erich Weede: Vertragen die alternden europäischen Sozialstaaten die Massenzuwanderung, die wir haben? In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 143 (2016), S. 54-66.

73 Hayek: Verfassung der Freiheit (wie Anm. 5).

men sind zwar ebenfalls fehleranfällig, aber in Anbetracht der menschlichen Fallibilität sollten flächendeckende Fehlentscheidungen vermieden werden, zu denen nur Regierungen fähig sind. Eine Verfassung der Freiheit ist mit der Zuständigkeit des Staates für globale Mildtätigkeit einfach nicht kompatibel. Die sollte in der Zuständigkeit von Individuen und freiwilligen Vereinigungen bleiben.

